

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Michael Kloepfer

Begrüßung 11

Ulrich Nußbaum

Grußwort 15

Otto Fricke

Staatsbankrott: Rechtsproblem oder Problem jenseits des Rechts 19

- I. Die Schuldenbremse als Instrument der Selbstkontrolle der Politik 19
- II. Gescheiterte historische Schuldenregeln in der Bundesrepublik 21
- III. Die neue Schuldenbremse 22
- IV. Staateninsolvenzregelungen auf europäischer Ebene 24

Christoph Herrmann

Staatsbankrott in der EU: Versagen, Bewährung oder Chance der Europäischen Währungsverfassung? 29

- I. Einführung 29
- II. Zum Begriff des Staatsbankrotts 29
- III. Staatsbankrott als Versagen der Europäischen Währungsverfassung 30
- IV. Staatsbankrott als Bewährungsprobe der Europäischen Währungsverfassung 33
- V. Staatsbankrott als Chance der Europäischen Währungsverfassung 39
- VI. Das konstitutionelle Dilemma der Europäischen Währungsverfassung 41
- VII. Schluss 42

7

Stefan Koriath

Staatsbankrott im deutschen Föderalsystem – Instrumente innerhalb und außerhalb des Finanzausgleichs	45
I. Ausgangspunkte	45
II. Ursachen und Folgen von Finanzkrisen	47
III. Instrumente zur Bewältigung von Finanzkrisen der Länder im Finanzausgleich	49
IV. Instrumente außerhalb des Finanzausgleichs	53
V. Fazit	56

Frank Kleinehagenbrock

Der Umgang mit Finanzkrisen im Heiligen Römischen Reich – Modell für moderne föderale staatliche Ordnungen?	59
I. Das Alte Reich – ein modernes politisches System?	62
II. Reichsrecht, Reichsinstitutionen und Finanzkrisen nach 1648	64
III. Das Alte Reich: Ein schwieriges Vorbild	75

Christian Waldhoff

Versilbern und Verschulden – Staatssanierung auf Kosten der vorangegangenen und der kommenden Generation	77
I. Einleitung	77
1. Vier Anwendungsfälle	80
a) Das schleswig-holsteinische Liegenschaftsmodell	80
b) Zweckwidrige Verwendung angesparter Sondervermögen: „Juliussturm“ und beamtenrechtliche Versorgungsrücklage	81
c) Neue kommunale Finanzierungsmodelle – insbesondere „Sale and Lease Back“	83
d) Veräußerung kommunaler Sparkassen – der „Fall Stralsund“	84
2. Zur Funktion des Staatsvermögens	84
3. Das Veräußerungsproblem in historischer Perspektive: Die Diskussion im konstitutionellen Staatsrecht	86
4. Unterschiedliche Vermögensgegenstände	87
II. Überblick über die Rechtsbindungen bei der Veräußerung von Staatsvermögen in der Mehrebenenarchitektur	90
1. Völkerrechtliche Bindungen: Das Beispiel des ERP-Sondervermögens	90

2.	Unionsrechtliche Bindungen: Unterwertverkauf als unzulässige Beihilfe	90
3.	Verfassungsrechtliche Bindungen	91
	a) Grundgesetz	91
	b) Landesverfassungen: Gesetzesvorbehalte und Grundstockvermögen	94
4.	Einfachrechtliche Bindungen	97
	a) §§ 63, 64 BHO	98
	b) Kommunales Haushaltsrecht	99
	aa) Allgemeine Regeln	99
	bb) Kommunale Sparkassen	101
III.	Systematisierungen und Schlussfolgerungen	102
	1. Die haushalts- und schuldenrechtliche Perspektive	102
	2. Die steuerstaatliche Perspektive	103
	3. Das Schenkungsverbot im demokratischen Verfassungsstaat	103
	4. Die Beteiligung des Parlaments – demokratische statt grundrechtliche Legitimation von Vermögensveräußerungen seitens des Staates	104
IV.	Schluss: Das Staatsvermögensrecht als unternormierte Materie und die Vermögensveräußerung zur Bewältigung der Finanzkrise	104

Anna Leisner-Egensperger

	Verändern und Verkleinern: Staatssanierung durch Umbau der öffentlichen Hand und Reform des Öffentlichen Dienstes	107
I.	Staats-Sparen in der Krise	107
II.	Die Bedeutung möglicher Einsparungspotenziale	108
	1. Bedeutung der staatlichen Sparbemühungen	108
	a) Notwendige Stufenbetrachtung von Krisenlagen	108
	b) Signalwirkungen des Staatssparens auf die Märkte	110
	2. Staatsorganisation	111
	a) Privatisierungen	111
	b) Verfassungs- und Verwaltungsreformen	112
	3. Personalkosten	115
	a) Bedeutung für das „Marktvertrauen“	115
	b) Personalkosten	116
	c) Einsparungen bei Arbeitnehmern	118
	d) Das Einsparpotenzial nach Beamtenrecht	119
III.	Wirkungen der Krisen auf künftige Reformdiskussionen	123
	1. „Dienstsparen“: ein rechtspolitisches Profilierungsfeld	123
	2. Ergebnisse	124

Andreas v. Arnould

Kürzen und Kappen: Staatssanierung durch Einschnitte in soziale Leistungen und Subventionen	125
I. Verfassungsrechtliche Maßstäbe im Überblick	126
1. Leistungskürzungen in der Sozialfürsorge	126
2. Leistungskürzung in der Sozialversicherung	128
II. Weiche Grenzen: Vertrauensschutz und Verhältnismäßigkeit	129
1. Vertrauensschutz: retardierend, nicht konservierend	129
2. Verhältnismäßigkeit: allenfalls abfedernd	130
III. Von der Relativität absoluter Grenzen	132
1. Das Existenzminimum	132
2. Die Institutsgarantie des Eigentums	134
IV. Zur Herstellung von Sanierungsgerechtigkeit	134
1. Der Auftrag an den Gesetzgeber	134
2. Von der Verzichtbarkeit präterkonstitutioneller Notrechte	136
3. Inkurs: Dilemmata in extremen Notlagen	137
V. Pflicht zur Inanspruchnahme externer Hilfe?	138

Peter Selmer

Erhöhen und Erheben: Staatssanierung durch Abgabenerhöhung	141
I. Vorbemerkung	141
II. Rechtfertigung staatssanierungsorientierter Abgabenerhöhungen	141
1. Die Rechtfertigung von Abgaben – keine zu vernachlässigende Vorfrage	141
2. Zur Rechtfertigung staatssanierungsorientierter Abgabenerhöhungen dem Grunde nach	143
3. Zur Rechtfertigung der Ausgestaltung staatssanierungsorientierter Abgabenerhöhungen	146
a) Kompetenzrechtliche Ansatzmöglichkeiten	146
b) Materiell-verfassungsrechtliche Grundlagen und Grenzen staatssanierungsorientierter Abgabenerhöhungen	150
III. Zusammenfassendes Resümee	154
Autorenverzeichnis	157